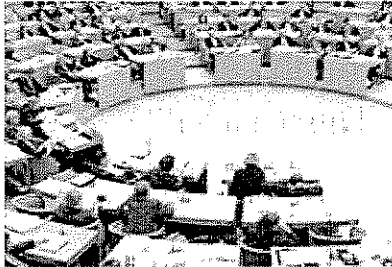


Sie befinden sich hier: Start

Den Kommunen muss geholfen werden, aber wie? - Sondersitzung: Fraktionen im Landtag einig im Ziel, uneinig über den Weg



(29.10.2010) Dass die Finanzlage der Kommunen bedrohlich ist, darüber waren sich Politiker aller Couleur bei der Sondersitzung zu diesem Thema einig. Darüber, dass etwas getan werden müsse, auch. Dissens gab es im Hinblick auf die Ursachen – sind sie eher konjunkturell oder doch eher strukturell bedingt – und dementsprechend auf Möglichkeiten zu ihrer Bekämpfung: eine andere Verteilung der Lasten oder doch verstärkt das Vertrauen auf Wirtschaftswachstum. Ebenso umstritten: die Fragen, in welcher Reihenfolge die einzelnen Maßnahmen ergriffen werden sollten, und ob das Land den Kommunen zu Lasten eigener steigender Schulden

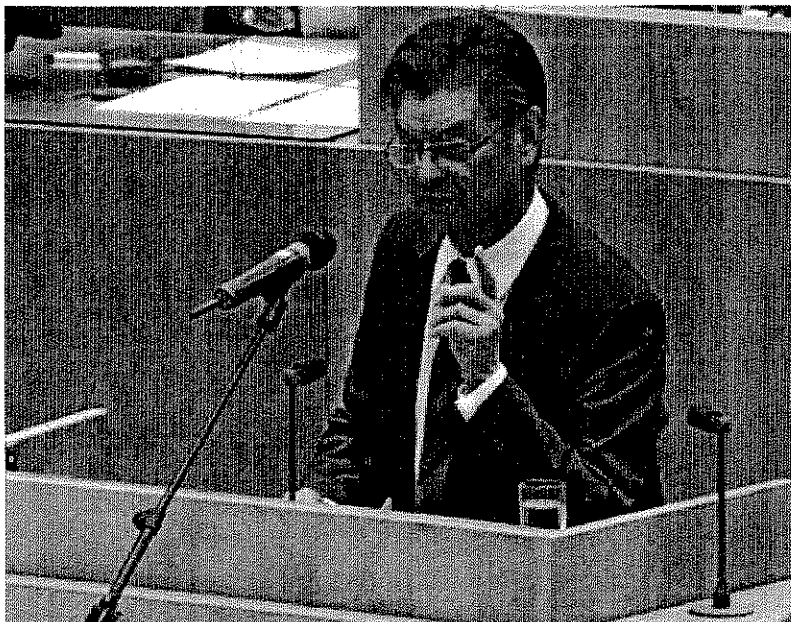
helfen solle.



"Die Lage ist dramatisch." Mit drastischen Worten beschrieb Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** (SPD) die finanzielle Situation der Kommunen. Handlungsfähige Kommunen seien aber notwendig für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft wie auch für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Daher bräuchten sie angesichts der zunehmenden Verschuldung so schnell wie möglich Hilfe und Entlastung. Konkret bedeute die aktuelle Lage, dass nur noch 8 Kommunen in NRW einen "echten" Haushaltsausgleich schafften, 172 müssten dafür Rücklagen in Anspruch nehmen. Für 7 Kommunen sei die Überschuldung bereits Realität, 27 weiteren drohe dies innerhalb von 3 Jahren. Diese Lage sei nicht konjunkturell veranlasst, sie habe strukturelle Ursachen, auf die die Kommunen selbst wenig Einfluss hätten: stetig steigende Sozialausgaben, die Übertragung neuer Aufgaben ohne entsprechende finanzielle Ausstattung, die Beteiligung der Kommunen am Solidarpakt Ost. Mit den zusätzlichen 300 Millionen Euro im Nachtragshaushalt habe die Landesregierung erste Sofortmaßnahmen in die Wege geleitet, mit dem Landeshaushalt 2011 wolle man einen "Stärkungspakt Stadtfinanzen" umsetzen. Dabei suche man – über die kommunalen Spitzenverbände wie auch das Aktionsbündnis "Raus aus den Schulden" – eine "vertrauensvolle" Partnerschaft mit den Kommunen. Entscheidend sei aber, ob es bei aller Konsolidierung seitens der Kommunen und Hilfen seitens des Landes gelinge, den Bund zur Übernahme seiner Verantwortung zu bewegen. Notwendig sei eine nachhaltige, mittel- und langfristige Absenkung der beschriebenen Ausgaben, warb Kraft für ein deutliches politisches Signal seitens des Landtags NRW. Allerdings schloss sie auch Steuererhöhungen nicht aus, um die zusätzlichen Aufgaben bewältigen zu können.



"Unsere Kommunen sind gelebte Demokratie", unterstrich auch **Karl-Josef Laumann** (CDU) die Bedeutung der Städte und Gemeinden. Daher habe die vormalige schwarz-gelbe Landesregierung in den letzten fünf Jahren die Leistungen des Landes an die Kommunen stetig erhöht, etwa über den historischen Höchststand der Zuweisungen im Jahr 2009. Trotzdem gehe es den Kommunen aus grundsätzlichen Problemen finanziell schlecht: Die Sozialausgaben stiegen ständig an, nicht zuletzt auch deshalb, da aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen immer mehr Leistungen von der Kinderbetreuung über die schulische Bildung bis hin zur Pflege im Alter auf den Staat übertragen werde. Dies bedinge einen größeren finanziellen Aufwand. Vor diesem Hintergrund plädierte Laumann dafür, zunächst einmal - über eine andere Verteilung der Lasten zwischen Kommunen, Land und Bund - die Ursachen der hohen Verschuldung zu beseitigen und erst danach finanzielle Hilfen zu gewährleisten. Ein zentraler Unterschied zu den Plänen der aktuellen rot-grünen Landesregierung bestehe in der Finanzierung. Mit der CDU sei eine Hilfe "auf Pump" nicht zu machen, denn dies verstoße gegen das Gebot der Nachhaltigkeit. "Schlechte Schulden der Kommunen kann man nicht mit schlechten Schulden des Landes bekämpfen", kritisierte Laumann den vorgelegten Nachtragshaushalt.



"Eine kommunale Selbstverwaltung ist vielerorts so gut wie gar nicht mehr möglich", konstatierte auch **Norbert Römer** (SPD). Nur sechs Großstädte in NRW hätten weder ein Haushaltssicherungskonzept noch eine vorläufige Haushaltsführung. Die gute Botschaft der Sondersitzung des Landtags sei deshalb: "Wir helfen unseren Kommunen." Gleichzeitig lobte Römer die Opposition für die Einsicht, dass die Städte Hilfe bräuchten und forderte einen offenen Dialog, um gemeinsam eine Lösung für die klammen Kassen zu finden. Oberste Leitlinie müsse sein: "Suchet der Stadt Bestes." Funktionsfähige Kommunen seien das Fundament der Gesellschaft. Deshalb dürfe es jetzt nicht beim bloßen Debattieren bleiben, betonte Römer. Selbstverständlich müsse jede Stadt für sich ihren eigenen Haushalt konsolidieren - jedoch unterstützt durch das Land. So werde die von der Landesregierung für den Nachtragshaushalt geplante Soforthilfe von 300

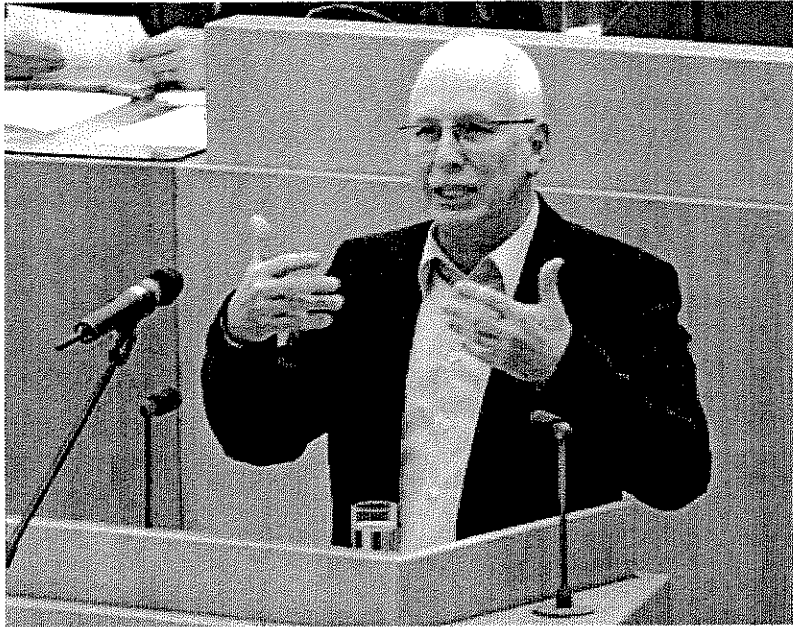
Millionen Euro den Städten helfen, ihre verlorengegangenen Handlungsspielräume wiederzugewinnen.



Die Städte trieben in eine Situation hinein, in der sie nicht mehr handlungsfähig seien. Das sei mittlerweile sehr deutlich geworden, so der Fraktionsvorsitzende der **Grünen, Reiner Priggen**. Diesbezüglich lobte auch er insbesondere die CDU für ihre Kursänderung. "Die Aussage: Der Staat braucht mehr Steuern, habe ich die letzten fünf Jahre nicht gehört", sagte Priggen in Richtung Laumann. Darüber hinaus sei die Erkenntnis entscheidend, dass es sich bei den Finanzproblemen der Städte um ein strukturelles Problem handele, das diese nicht einfach durch eine vernünftige Haushaltsführung und großen Sparwillen lösen könnten. Priggen forderte deshalb grundsätzliche Änderungen. Dies betreffe vor allem eine andere Lastenverteilung gegenüber dem Bund. "Wir haben nur eine Chance, wenn wir uns gemeinsam aufstellen", warb er für eine gemeinsame Position gegenüber den Fraktionen in Berlin. Dort müsse verstanden werden, dass es so, wie in den vergangenen Jahren gelaufen sei, nicht weiter gehen könne.



Der eingeschränkte kommunale Handlungsspielraum wirke sich entscheidend auf die Lebensqualität vor Ort aus, betonte **Gerhard Papke (FDP)**. Vor allem die stetig wachsenden Sozialausgaben stellten für die Städte eine nicht mehr tragbare Belastung dar. 2009 hätten die Ausgaben in diesem Bereich in ganz Nordrhein-Westfalen bei 40,3 Milliarden Euro gelegen. Der Bund beteilige sich an diesen Kosten kaum. "Das darf nicht so bleiben", kritisierte der FDP-Fraktionsvorsitzende. Die Kommunen müssten auf zwei Wegen entlastet werden: Erstens durch den Wegfall überflüssiger Bürokratie und überzogener Standards, zweitens durch finanzielle Unterstützung. Die von der Landesregierung geplante Soforthilfe dürfe allerdings nicht zur "Luftbuchung" und der "Pfad seriöser Haushaltsführung" nicht verlassen werden. So forderte die FDP in einem Änderungsantrag, dass die geplante Millionensoforthilfe in jedem Fall durch Einsparungen und Steuereinnahmen gegenfinanziert werden müsse.



"Die finanzielle Situation der Kommunen in NRW ist in der Tat eine Katastrophe", stellte der Fraktionsvorsitzende der **Linken, Wolfgang Zimmermann**, fest. Allein in diesem Jahr kämen die Städte zusammengerechnet auf ein strukturelles Defizit von insgesamt 15 Milliarden Euro. Um ihre Haushaltslöcher irgendwie zu stopfen, planten einige von ihnen, etwa ihre Schwimmbäder zu privatisieren oder Parkgebühren zu erhöhen. Schuld an der prekären Lage sei vor allen Dingen die falsche Steuerpolitik der vergangenen Jahre. "Welcher ehrliche Steuerzahler soll diese Politik noch verstehen?" Das entscheidende Problem für die Kommunen sei daher die Einnahmeseite. Damit Kommunen wieder mehr als höchstens ihre Pflichtaufgaben erfüllen könnten, forderte Zimmermann deshalb unter anderem, die Gewerbesteuer zu erweitern, die Vermögenssteuer wieder einzuführen, eine gerechte Erbschaftssteuer sowie insgesamt ein umfassendes Entschuldungs- und Investitionsprogramm.

Im weiteren Verlauf der Plenarsitzung wurde der gemeinsame Antrag von CDU, SPD und Grünen "Kommunen in Nordrhein-Westfalen müssen handlungs- und zukunftsfähig bleiben - Der nordrhein-westfälische Landtag bleibt Partner und Anwalt der Kommunen" mit den Stimmen der drei Fraktionen, bei Enthaltung der Abgeordneten von FDP und Linken angenommen.

Text: Christoph Weißkirchen/Daniela Braun
Fotos: Bernd Schälte